

AKTUELL

KINDERRECHTE

Sorgenvoller Brief an Jean Asselborn

Isabel Spigarelli

Die Menschenrechtskommission und der Ombudsman für Kanner a Jugendlecher kritisieren in einem offenen Brief an Jean Asselborn den Umgang mit unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden. Das Schreiben offenbart: Was lange währt, wird nicht immer gut.

„La Commission consultative des Droits de l'Homme et l'Ombudsman für Kanner a Jugendlecher sont depuis de longues années préoccupés par la situation des mineurs non accompagnés.“ Mit diesem Satz beginnt der offene Brief, mit dem sich die Menschenrechtskommission (CCDH) und der Ombudsman für Kanner a Jugendlecher (Okaju) diese Woche an Jean Asselborn, Minister für Immigration und Asyl, gerichtet haben. Auslöser ist unter anderem die Präsentation des ersten nationalen Aktionsplans für Kinderrechte, der im Mai vom Ministerium für Bildung, Kinder und Jugend vorgestellt wurde. Hatte der Okaju den Aktionsplan damals trotz Schwachstellen allgemein als „wichtigen Schritt hin zu einer ressortübergreifenden koordinierten Kinderrechtspolitik“ bezeichnet, schließt die Organisation sich jetzt der Kritik der CCDH an: Die Situation der unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden sei bei der Vorstellung des Aktionsplans nur lapidar angesprochen worden. Aus diesem Grund zweifeln beide Organisationen an der Wichtigkeit, die der Staat dem Thema in den kommenden Jahren einräumen wird.

Langjährige Debatte

Das Unbehagen der CCDH und des Okaju geht nicht zuletzt auf langjährige Debatten um die „Commission consultative d'évaluation d'intérêt supérieur des mineurs non accompagnés“ zurück: Sie wurde 2018 ins Leben gerufen, um das Außenministerium zu beraten, wenn betroffenen Minderjährigen der internationale Schutzstatus verwehrt und eine Rückführung angeordnet wird. Die CCDH und das Okaju erinnern in ihrem Brief daran, dass es erst 2020 zur gesetzlichen Regelung dieser Kommission kam. Sie verweisen auch auf die Einwände gegen ihre Zusammensetzung, die mehre-

re nationale Organisationen seit der Gründung äußern: der Vorwurf ihrer Befangenheit. Die Kommission besteht bis heute unter anderem aus Vertreter*innen des Ministeriums für Immigration und Asyl. Dasselbe Ministerium ernennt die Mitglieder des Komitees für eine Dauer von drei Jahren, mit Möglichkeit der Mandatsverlängerung. Asselborn äußerte sich 2020 in einer öffentlichen Stellungnahme zu den Vorwürfen und zeigte sich verhandlungswillig.

Nach anhaltender Kritik nationaler Organisationen und des Kinderrechtskomitees der Vereinten Nationen gab die Regierung dann im Januar 2022 die Überarbeitung des Gesetzestextes bekannt. Das Dossier ist - Jean Asselborn antwortete Ende Juni auf eine parlamentarische Anfrage von Nathalie Oberweis (Déi Lénk) zum Thema - in Arbeit. In Zukunft soll ein*e Vertreter*in der Zivilgesellschaft für mehr Neutralität sorgen. Außerdem soll die Regelung aufgehoben werden, nach der die Entscheidung der Vertretung des Ministeriums für Asyl und Immigration im Zweifelsfall doppelt zählt. Für die CCDH und das Okaju ist all das nur ein schwacher Trost, solange das Ministerium für Asyl und Immigration weiterhin in der Kommission vertreten ist und ihr gar vorsteht. Darüber hinaus kritisieren CCDH und Okaju, dass einzig die oder der Repräsentant*in der Zivilgesellschaft über einschlägige Erfahrungen in Sachen Kinderrechte oder der Arbeit mit Minderjährigen verfügen muss. Eine entsprechende Aus- oder Weiterbildung müsse für alle Mitglieder des Komitees verpflichtend sein, so die Organisationen. „Finalement, ils [CCDH und Okaju] regrettent de constater que même 28 ans après la ratification de la Convention des droits de l'enfant des Nations Unies, une prise en compte de ladite Convention et de l'intérêt supérieur de l'enfant dans la composition de cette Commission, tout comme par les juridictions nationales, n'est pas garantie“, lautet das ernüchternde Fazit der CCDH und des Okaju.

SHORT NEWS

Mehr Kritik am Pensionsfond

(ja) - Action solidarité tiers monde (ASTM) und Greenpeace kritisieren in einem gemeinsamen Brief den Fonds de compensation (FDC), der die luxemburgischen Rentenreserven verwaltet. Wie schon zuvor die Arbeitnehmer*innenkammer (siehe woxx 1692) bemängeln die beiden NGOs, dass der FDC nicht klimagerecht investiere. Der gesamte Fonds müsse im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel investieren und es reiche nicht aus, dies nur bei einem Bruchteil der angelegten Gelder zu tun. Aktuell seien lediglich 500 Millionen Euro in „Paris-aligned“ Fonds angelegt, was angesichts des gesamten Vermögens von 24,6 Milliarden verschwindend gering ist. Die Kritik richtet sich allerdings nicht nur auf die Klimaverträglichkeit des FDC: Im Jahresbericht des Pensionsfonds seien soziale Kriterien ignoriert worden, monieren ASTM und Greenpeace. Die Nachhaltigkeitspolitik des FDC müsse dringend an die „internationalen Standards in den Bereichen Klima, Umwelt und Menschenrechte“ angepasst werden, fordern die beiden NGOs in ihrer Stellungnahme.

Crowdfunding für Zebrastreifen

(ja) - Das Zentrum für urban Gerechtigkeet (ZUG) will gegen die Stadt Luxemburg vor Gericht ziehen und Transparenz einklagen. Die Stadtverwaltung weigert sich konsequent, eine interne Analyse über illegale Zebrastreifen zu veröffentlichen. 475 nicht mit dem Code de la Route konforme und damit potenziell gefährliche Zebrastreifen hatten die Aktivist*innen gefunden. Es seien nur 37, behauptete Verkehrsschöffe Patrick Goldschmidt (DP) - und weigert sich seither, dies zu beweisen. Das ZUG versuchte, über das Informationsfreiheitsgesetz an das Dokument zu kommen - ohne Erfolg. Nachdem das ZUG die Commission d'accès aux documents einschaltete, verpflichtete diese die Stadt im März zur Herausgabe. Bisher ist nichts passiert, weswegen das ZUG jetzt klagt. Zur Deckung der Kosten hat die Organisation ein Crowdfunding gestartet. In einer ersten Phase will man 10.000 Euro sammeln. Den aktuellen Spendenstand und die Kontonummer finden sich auf der Website des ZUG unter zug.lu, alle woxx-Artikel zum Thema unter woxx.eu/zebra.

Forum 426: Medienlandschaft

(rg) - Dass der sehr einfühlsame Nachruf auf den Forum-Mitarbeiter der ersten Stunde, Charel Staudt, am Anfang einer Ausgabe steht, die sich der Luxemburger Medienlandschaft widmet, hat fast etwas Schicksalhafteres an sich. Wer die Entwicklung von Forum seit den Anfangsjahren verfolgen konnte, weiß, welche Rolle Charel Staudt dabei zukam. War es doch die „Wort-Analyse“ von 1974, die er koordinierte, die sozusagen den Grundstein für Forum legte. Der kritische Umgang mit (Mainstream-)Medien blieb in der Folge ein wichtiger Bestandteil der Zeitschrift. Doch 2022 heißt der Monopolist nicht mehr Wort, sondern RTL. Und so versucht das Forum-Dossier etwas Ordnung in die „neue Unübersichtlichkeit“ zu bringen, seit die Tagespresse sich nicht mehr streng bestimmten Parteien zuordnen lässt. Der damalige Wort-Direktor wettete jede Kritik als „neo- oder kryptomarxistisches Manifest“ ab, der heutige trifft sich mit dem Chefredakteur des konkurrierenden „Tageblatt“ auf ein Plauderstündchen im Forum-Lokal. Nicht um zu streiten, sondern um über die Zukunft gedruckter (Tages-)Zeitungen zu sinnieren. Zu Wort kommen aber vor allem auch Journalist*innen und Protagonist*innen neuer Medien, die ihren Platz in Luxemburg gefunden haben oder sich noch daran versuchen. Definitiv angekommen ist auch das soziokulturelle Radio, das seit dieser Woche endlich über ein eigenes Gesetz verfügt. Welche Möglichkeiten sich daraus ergeben, beleuchtet unter anderem ein ausführliches Interview mit der Präsidentin des 100,7-Verwaltungsrats, Véronique Faber.